

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestelkgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61<sup>II</sup>, zu richten.  
Postfachkonto Berlin 5386.

### Inhalt.

Unsere Internationale und der Krieg. — Die Lohnarbeiterschaft in Deutschland. — Bleibt das Damoklesschwert hängen? — Soziales. Bericht aus Frankreich. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Verammlungs- kalender. — Anzeigen.

### Unsere Internationale und der Krieg.

Seit unserem internationalen Kongreß in Bladpool (England) im Juni d. J. hatten wir keine Verbindung mehr mit unserem internationalen Sekretariat in England. Bei den gespannten Beziehungen, welche zwischen den einzelnen Ländern eintraten, und den Verkehrshindernissen, die durch den Krieg Platz griffen, war es bis vor kurzem nicht möglich, über unsere Internationale und wie man in England über ihre Zukunft denke, Erkundigungen einzuziehen. In neuerer Zeit haben wir aber doch wieder Verbindung gefunden. Zunächst schrieb Kollege Wagners an den Kollegen Shaw, und dieser antwortete alsbald. Was er schrieb, war zum Teil recht bezeichnend für die englische Auffassung der Dinge. Er schrieb:

„Lieber Freund!

Sie verlangen von mir Auskunft über unsere Internationale, und ich kann Ihnen nur wenig sagen. Ich hatte die Nummer der „Periodischen Berichte“ redigiert — doch sie herauszugeben keine Gelegenheit. Der Bericht vom letzten Kongreß ist in Englisch gedruckt, doch weiter ist noch nichts damit zu machen. Ich habe den Drucker angewiesen, alles liegen zu lassen, bis man wieder imstande sei, Briefe, Zeitungen usw. zwischen allen Ländern frei zu versenden. Was die Nationen betrifft, so befindet sich Belgien in sehr unglücklicher Lage. Kollege Hannich hat aus der internationalen Klasse Hilfe gefordert. Doch obwohl die Sympathien der Engländer mit ihnen sind, haben wir entschieden — Marzland, Ogden und ich —, daß man keine Hilfe gewähren könne ohne Zustimmung der anderen Nationen. Da es aber unmöglich ist, die Nationen abstimmen zu lassen, bleibt Belgien ohne Hilfe.

Jedermann in England glaubt, daß Deutschland den Krieg wollte. (Hier müssen wir aus preßgesetzlichen Gründen einen wichtigen Satz auslassen.)

Die deutschen Kollegen haben Furcht vor dem russischen Barbarismus... (Die englischen Kollegen seien ganz anderer Ansicht.)

Sie werden, lieber Kollege, daraus ersehen, wie verschieden die englischen Ansichten von den deutschen sind. Setzen Sie voraus, daß die Gedanken in Frankreich und Belgien noch bitterere sind, und Sie werden nicht mehr im Zweifel darüber sein, wie man hier und dort über den Krieg denkt.

Dennoch ist es unsere Pflicht, alles mögliche zu tun, daß der Krieg beendet werde und die Textilarbeiterorganisationen aller Länder ihre Arbeit fortsetzen können. Und ihre Arbeit sollte auch selbst darin bestehen, in Zukunft Kriege zwischen den Arbeitern zu verhindern.

In dieser Erwartung möchte ich von Ihnen gern Nachricht erhalten.

Es lebe die Arbeiter-solidarität!

(Den Schluß bildet ein Satz, der sich gegen den Militarismus im allgemeinen richtet.)

Darauf hat Wagners zweimal geantwortet. Das letzte mal so:

„Sie sagten, Deutschland wolle den Krieg. Das englische Kapital hat ihn aber vorbereitet und für ihn Frankreich und Belgien zu gewinnen gesucht. Rußland brauchte politisch einen Krieg, und England hat diesen Umstand benutzt, ihn herbeizuführen; ohne Zustimmung Englands hätte Rußland nicht schon im März seine Truppen an der preußischen Grenze zusammengezogen.“

Wagners stellte dann dar, daß seiner Meinung nach Deutschland den Krieg nicht gewollt haben könne, da es mußte, es würde nicht nur von Osten her, sondern auch von Westen her angegriffen werden. Unter solchen Umständen wäre der Ausgang doch sehr zweifelhaft gewesen.

England und Frankreich seien auf dem Weltmarkt von Deutschland überflügelt worden; England besonders habe so viel verloren, daß es glauben konnte, durch einen Krieg, den es in der Hauptsache andere Länder führen läßt, seinen früheren kommerziellen Besitzstand wieder zu gewinnen. England wollte wieder den Weltmarkt allein beherrschen. Nicht Deutschland wollte den Krieg, sondern England.

Wenn etwa — infolge des Krieges — der preußische Militarismus Schule machen sollte, so sei daran nicht Deutschland, sondern das englische Kapital schuld. Dieses sei aber auch schuld, daß wir uns gegen Rußland verteidigen müßten. Daß wir das tun müßten, möge man vielleicht in England nicht einsehen, wir hier aber wüßten es. Russisch zu werden, sei für uns gleichbedeutend mit Aufgabe jedes kulturellen und freiheitlichen Bestrebens; gerade weil bei uns die Demokratie auch noch nicht den Platz einnehme, den sie einnehmen sollte, müßten wir uns gegen den russischen Despotismus nach Kräften wehren, denn er sei doch noch um viele Grade schlimmer als der

preußische Militarismus und Bureauftratismus. Siegreich Rußland über uns, so werde die Demokratie in ganz Europa — mit Ausnahme Englands vielleicht — einen derben Stoß erleiden. Wir müßten Rußland deshalb bis zum letzten Atemzuge bekämpfen. Auch seine Bundesgenossen — Frankreich, Belgien und auch England — für die wir eigentlich — für die Demokratie — mit kämpfen, obwohl wir gegen sie kämpfen... Das eigentliche Objekt des Krieges sei neben der Verteidigung der europäischen bürgerlichen beschränkten Freiheit — in einem Lande mehr noch beschränkt als in einem anderen — gegenüber dem russischen Despotismus für Deutschland die Erhaltung seiner Absatzgebiete, für England die Wiedererwerbung alter bzw. Gewinnung neuer auf Kosten — Deutschlands. Nicht Deutschland, sondern England habe ein Interesse an der Wenderung der Weltlage: Deutschland konnte mit dem friedlichen Vordringen seiner Industrie auf dem Weltmarkt ganz zufrieden sein und konnte nur wünschen, daß nichts käme, das dies Verhältnis änderte. Anders England; seine Kapitalistenklasse sah ihren Profit durch die deutsche Konkurrenz bedroht, und unfähig, sich ihrer friedlich zu erwehren, brauchte es den Krieg, um mit Hilfe der Einkreislungsmächte den unheimlichen Konkurrenten politisch und wirtschaftlich zu zerschmettern.

Wir hätten also viel zu verteidigen, weil viel zu verlieren. Deshalb müßten wir kämpfen. Gewinnen könnten wir und unser Land durch den Krieg nichts, auch wenn wir ihn siegreich führten. England könne aber durch den Krieg viel gewinnen.

Für uns sei der Krieg also eine Art Freiheitskrieg gegenüber Rußland, ein wirtschaftlicher Krieg gegenüber England. Für England nur ein wirtschaftlicher Krieg gegen uns.

„Es wird Zeit, daß wir den Sozialismus bekommen, unter dessen Herrschaft wirtschaftliche Rivalitäten wohl nicht mehr aufkommen werden. Wir werden aber in Europa den Sozialismus eher bekommen, wenn Deutschland im Kriege scheidet, als wenn Rußland mit seinen Verbündeten den Sieg davonträgt. Das behaupten auch unsere Genossen in Rußland. Sie wünschen, daß Rußland siegreich werde. Wandervogel hatte sie aufgefordert, sich in diesem Kriege auf die Seite ihrer Regierung, des Zarats, zu stellen. Sie lehnten das aber entschieden ab und antworteten, sie hielten es für ihre demokratische Pflicht, der Sache der Freiheit, die in Rußland noch immer keine Stätte gefunden habe, weiter zu dienen und ihrer Regierung jetzt soviel Schwierigkeiten wie möglich zu machen.“

Die Kollegen im Lande werden aus diesem Briefwechsel ersehen, daß wir bestrebt sind, nicht nur unsere Landesorganisation während des Krieges intakt zu halten, sondern auch unsere internationalen Beziehungen weiter zu pflegen, daß aber auch bei dem Sekretariat selbst der feste Wille vorhanden ist, unsere internationalen Einrichtungen unter allen Umständen aufrecht und wirksam zu erhalten.

### Die Lohnarbeiterschaft in Deutschland.

Interessant sind die Untersuchungen, die vom „Reichs-Arbeitsblatt“ auf Grund der letzten allgemeinen Berufszählung über den Anteil der verschiedenen Gebietsteile des Deutschen Reiches an der Größe und an dem Wachstum der Lohnarbeiterschaft vorgenommen worden sind.

Siernach lebten von den reichlich 15 Millionen Lohnarbeitern im Deutschen Reich im Jahre 1907 in Westdeutschland rund 7 1/4 Millionen, in Ostdeutschland reichlich 4 3/4 Millionen und in Süddeutschland etwas über 3 Millionen. Fast die Hälfte der Arbeiter, genauer 48,3 Proz., wird also in den westdeutschen Gebieten beschäftigt, worunter die Rheinlande, Westfalen, Hessen-Nassau, ferner die Hansestädte, Schleswig-Holstein, Thüringen, Königreich und Provinz Sachsen verstanden werden. In der Rheinprovinz allein ist ein gutes Zehntel aller im Reich tätigen Lohnarbeiter beschäftigt, nämlich fast 1 600 000; mit Westfalen zusammen bringen die Rheinlande 2 1/2 Millionen Arbeiter. Nächste diesem arbeitsreichsten Bezirke folgt Berlin-Brandenburg mit 1,62 Millionen Lohnarbeitern. In Schlesien und im Königreich Sachsen sehen wir je etwa 1,3 Millionen, beinahe ebenso viele in Bayern rechts des Rheines. Die Provinz Sachsen mit Braunschweig und Anhalt hat etwas über eine Million Lohnarbeiter. Weit dahinter zurück stehen Hannover, Schleswig-Holstein und Hamburg mit je über 600 000 Lohnhilfskräften. Württemberg gibt über einer halben Million Arbeitern Lebensunterhalt, alle anderen Staaten und Provinzen zeigen Zahlen unter einer halben Million, am wenigsten die beiden Mecklenburg mit etwas mehr als 200 000 Arbeitern und die Rheinpfalz mit noch nicht 200 000 Arbeitnehmern.

Gruppirt man nun die Arbeiter nach der Gesamtzahl der Erwerbstätigen überhaupt, so ist die Lohnarbeiterschaft nicht im Rheinland, sondern im Königreich Sachsen am stärksten verbreitet. Für das ganze Reich stellt sich die Durchschnittsziffer so, daß von je 100 Erwerbenden 54,8 zu den Lohnarbeitern und Dienenden gehören; also weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung gehört zu den Unselbständigen. In dem dichtbevölkerten, gewerblich stark tätigen Sachsen sind

aber mehr als zwei Drittel aller hauptberuflich einem Erwerb nachgehenden Einwohner Lohnarbeiter. Aber auch in Mecklenburg erreicht die Arbeiterschaft die Zahl von 66,9 Prozent aller Erwerbstätigen; hier sind es die großen Mittergüter, die eine so starke Beschäftigung der Bevölkerung in der Lohn-tätigkeit hervorrufen. Auch in Braunschweig und Anhalt, wo ebenso stark industrielle wie landwirtschaftliche Tätigkeit entwickelt wird, reicht der Anteil der Arbeiterschaft fast an zwei Drittel der Erwerbstätigen überhaupt heran. In Westfalen wie in Berlin-Brandenburg liegen die entsprechenden Ziffern um 63 Proz. herum. Jetzt erst kommt das gewaltige Industrie- und Verkehrsgebiet Rheinland, in dem nur 57,6 Proz. der Erwerbstätigen Lohnhilfskräfte sind. Dieser Anteil hält sich aber immer noch über den Reichsdurchschnitt. Unter diesem stehen die Arbeiter in den süddeutschen Gebieten. Insgesamt ist der Lohnarbeiteranteil in Süddeutschland nur 43,6 Proz., in den ostdeutschen Gebieten 58,1 Proz. und in den westdeutschen 58,9 Proz.

Die geringere Vertretung der Lohnarbeiterschaft in Süddeutschland ist eine Folge der dort noch weiten Verbreitung des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft, wie überhaupt in Süddeutschland der landwirtschaftliche Erwerb stärker vertreten ist als in Norddeutschland. Der Anteil der Selbstständigen und in der Wirtschaft mithelfenden Familienangehörigen ist daher naturgemäß in Süddeutschland größer als in Ost- und Westdeutschland.

In allen drei Hauptgebieten des Reiches ist die Industrie der Erwerb, der die meisten Lohnarbeiter ernährt; in zweiter Linie folgt dann die Land- und Forstwirtschaft als Nahrungsquelle für die arbeitenden Klassen; die Dienstboten-schaft ist dann in Ostdeutschland die drittstärkste Arbeitergruppe, in West- und Süddeutschland erst die viertgrößte. Der Anteil des weiblichen Geschlechts an der landwirtschaftlichen Lohnarbeit ist in allen Gebieten erheblich, nämlich über zwei Fünftel der Hilfskräfte, während in allen drei Gebieten die Industriearbeiterin nur etwa ein Fünftel der Gesamtarbeiterzahl ausmacht.

Von besonderem volkswirtschaftlichem Interesse ist noch die Frage, in welchem Maße die Lohnarbeiterschaft in den verschiedenen Gebieten zugenommen hat. Dies ist am meisten der Fall gewesen in Rheinland und Westfalen, Brandenburg, Königreich Sachsen, Schlesien und Berlin. Seit der letzten Zählung in Westfalen allein um 52 Proz., im Rheinland um 43 Proz.! Auch die Angestellten sind in allen drei Gebieten zu einem erhöhten Anteil der Erwerbstätigen vorgeschritten, insgesamt von 3,8 Proz. auf 5,8 Proz. Die Zahl der Land- und Forstarbeiter ist in allen Hauptgebieten und die der im Haushalt Dienenden in Ost- und in Süddeutschland zurückgegangen.

Diese auf amtlichen Untersuchungen beruhenden Angaben bestätigen nur die starke und unaufhaltsame industrielle Entwicklung des Deutschen Reiches, der aber die Gesehgebung, unter dem Einfluß der agrarischen Parteien stehend, nur sehr langsam und zögernd folgt. Ferner Entwicklung kann nur bis zu einem gewissen Grade Einhalt getan werden durch eine zielbewußte und großzügige innere Kolonisation, die an die Stelle vieler unselbständiger Lohnarbeiter kleine selbständige Besitzer mit ihren bei der Arbeit helfenden Familien setzt.

### Bleibt das Damoklesschwert hängen?

Man erinnert sich, daß kurz vor dem Ausbruch des Krieges ein ungewöhnlich heftiges Kesseltreiben gegen die Gewerkschaften einsetzte. Eine Anzahl Gewerkschaften, Zentralverbände wie Ortsgruppen, wurden für politisch erklärt, und es war ein Rechtsstreit zwischen der Polizei und jenen Organisationen im Gange, durch die die Politischerklärung angefochten worden war. Da kam der Krieg, und es fiel das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.“ Es kam die einmütige Erhebung des deutschen Volkes gegen die kriegerische Gefahr des russischen Knutenregiments und seiner Verbündeten und damit auch ein anderes Verhalten der Behörden zu den Organisationen der Arbeiter. Optimistisch veranlagte Naturen sahen schon eine Ära der völligen Gleichberechtigung heranziehen, zumal die Verfügungen, welche jene Gewerkschaften als politische erklärt hatten, zurückgezogen wurden. Viele nahmen an, daß damit nun die Sache erledigt sei, der Versuch nicht mehr unternommen werden würde, den Gewerkschaften, die sich jetzt so sehr auch zum Wohle des Vaterlandes bewähren, von neuem — auf Grund des Vereinsgesetzes oder alter preussischer Gesetze an den Kragen zu gehen. Die das angenommen haben, werden ihrem Optimismus sehr starke Zugel anlegen müssen, denn die Verfügung des preussischen Ministers des Innern läßt ihrem klaren Wortlaut nach den Schluß nicht zu, daß nun die Gewerkschaften zukünftig nicht mehr zu befürchten haben, zu politischen Vereinen gestempelt zu werden. Neue Verfügung des preussischen Ministers des Innern hat nach dem Wolffschen Telegraphenbureau folgenden Wortlaut:

„Der gegenwärtige Krieg entflammte das deutsche Volk ohne Unterschied des Standes und der Partei zur einmütigen Erhebung. Gegenüber dieser gewaltigen Kundgebung nationaler Entschlossenheit tritt alles zurück, was das Gefühl der Einheit des ganzen deutschen Volkes beeinträchtigen könnte. Es erscheinen viel Streitfragen des öffentlichen Rechts. Mag ihre Erklärung in Friedenszeiten noch so bedeutend sein, in den gegenwärtigen Zeitläuften sind sie unwesentlich. Der Minister des Innern wies daher die Verwaltungsbehörden an, daß es jetzt von größerem Werte sein müsse, die Einheit der Nation und ihr großmütiges Streben ungehindert zu lassen, als unbedeutenden Einzelfragen des Rechts zum Sieg zu verhelfen. Demzufolge werden die Behörden ersucht, in allen geeigneten Fällen die bei den Verwaltungsgerichten anhängigen Streitigkeiten dadurch zur Erledigung zu bringen, daß die angefochtenen polizeilichen Verfügungen zurückgenommen oder auf eine andere Weise die Beteiligten flaglos gestellt werden. Ebenso veranlaßt der Minister des Innern, daß die beim Oberverwaltungsgericht anhängigen Ordnungstrafen, welche gemäß § 15 des Disziplinargesetzes gegen unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte seines Ressorts wegen der vor dem 1. August begangenen Verfehlungen verhängt sind, niedergelegt werden. Alle diese der Größe und dem Ernst der Zeit Rechnung tragenden Maßnahmen lassen natürlich nicht die Deutung zu, daß in den betreffenden Einzelfällen der von den Behörden bisher vertretene Rechtsstandpunkt nunmehr aufgegeben worden sei.“

Auf die Gewerkschaften angewandt, heißt das also, daß trotz der Einstellung des Verfahrens der Polizeipräsident von Berlin oder sonst in Betracht kommende Behörden deshalb die Gewerkschaften noch nicht als unpolitische Organisationen zu betrachten haben. Vorläufig freilich — solange die Kriegsnot die Förderung der Einheit des ganzen Volkes angezeigt erscheinen läßt — sind sie allerdings als unpolitische Vereine zu behandeln.

Der Schlußsatz der Verfügung wird von den Gewerkschaftsmitgliedern sehr bitter empfunden werden. Das Dämoklesische bleibt hängen.

Soziales.

**Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverbande.** Die Septemberzählung ergab einen Mitgliederstand von 66 969 männlichen, 49 314 weiblichen, zusammen 116 283 Mitgliedern. Arbeitslose wurden am Stichtage gezählt 17 574, davon waren 7427 weiblich. Im Vormonat wurden 29 711 Arbeitslose gezählt, und im September des Vorjahres 2549. Gegen den Monat August hat der September eine merkbare Entspannung gebracht. Im August waren pro Hundert 24,7 arbeitslos, im September dagegen nur 15,1. Die Verteilung der Militäraufträge hat vielfach zu Neueinstellungen von Arbeitskräften geführt. Trotzdem ist die ermittelte Septemberziffer immer noch eine enorm hohe. Die ermittelte Septembierziffer auf die Gesamtheit der Textilarbeiter angewandt, ergibt mindestens 200 000 arbeitslose Textilarbeiter in Deutschland. Daneben ist der allergrößte Teil der Textilarbeiter — soweit Arbeit überhaupt vorhanden — nur stunden- und tageweise beschäftigt. Die Gesamtzahl der ermittelten Arbeitslosentage im dritten Quartal betrug 895 055, im gleichen Quartal des Vorjahres 139 284. 32 588 Mitglieder wurden für 736 756 Tage mit 521 876 Mk. unterstützt, im gleichen Quartal des Vorjahres erhielten 6548 Mitglieder für 99 677 Tage 102 567 Mk. Arbeitslosenunterstützung. Schon das dritte Quartal 1913 stand im Zeichen erhöhter Arbeitslosigkeit, läßt sich aber mit dem jetzigen Zustande gar nicht messen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger ist um das Fünffache gestiegen, die Zahl der Unterstützungsstage um das Siebeneinhalbfache; trotzdem die Unterstützungsstage um ein Drittel gekürzt sind, beträgt die Summe der Unterstützung nahezu das Siebenfache. Dabei haben 66 Filialen mit rund 14 000 Mitgliedern nicht berichtet, so daß sich sämtliche Angaben für die Septemberzählung in Wirklichkeit noch wesentlich erhöhen werden. Diese Erscheinungen haben den Vorstand gezwungen, die Sätze für Arbeitslosenunterstützung weiter herabzusetzen, und zwar auf die Hälfte der statutarisch vorgesehenen. Am Sonntag, den 18. Oktober, fanden Bezirkskonferenzen statt, die sich mit der gegenwärtigen Situation beschäftigten. Überall hat man die weitere Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung als zwingende Notwendigkeit eingesehen.

In allen den Fällen, wo die Mitglieder mindestens noch die Hälfte des früheren Lohnes verdienen, sollen die vollen Beiträge weiter gezahlt werden. In den Betrieben, wo zurzeit voll oder gar mit Ueberstunden gearbeitet wird, sind die Mitglieder zu Extrabeiträgen verpflichtet, die mindestens 20 Pf. wöchentlich betragen müssen.

Berichte aus Fachreisen.

**Aachen.** Schon einmal beschäftigten wir uns an dieser Stelle mit Mißständen bei Militäraufträgen in Aachen. Eine ganze Reihe von Fabrikanten verlangen von ihren Arbeitern Ueberstundenarbeit. Wir halten diese Praxis für unangebracht, zumal noch Weibliche genug ohne Beschäftigung sind. Auch Weber und Weberinnen hatten noch der Wiedereinstellung in einer Zeit, wo bereits seit Wochen in manchen Betrieben mit Ueberarbeit geschuftet wird. Eher sollte man, anstatt zu einer Verlängerung, zu einer Verkürzung der Arbeitszeit um einige Stunden pro Tag übergehen, dabei mehr Stühle mit Arbeit belegen und dem Arbeitslosen Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst geben. Wenn aber schon an der Ueberarbeit entweder aus technischen oder Bequemlichkeitsgründen festgehalten wird, so sollte man doch erwarten können, daß den Arbeitern für ihre Mehrleistung ein entsprechender Zuschlag zum Akkordlohn gezahlt würde. In den meisten Fällen aber verlangt man die Mehrarbeit ohne einen Lohnzuschlag. Die Forderung, die die organisierten Arbeiter in Friedenszeiten für solche Ueberarbeit stellen und die von manchem Fabrikanten auch anerkannt wurde, ist 20 bis 25 Pf. Zuschlag pro geleisteter Ueberstunde. Diese Forderung hält sich ganz gewiß in mäßigen Grenzen. Die Fabrikanten sollten in dieser schweren Zeit, um Reibungen zu vermeiden, sich schon von selbst bequemem, einem Lohnzuschlag für Ueberstunden in dieser Höhe zu geben. Wir behaupten, daß die Fabrikanten auch sehr wohl in der Lage sind, diesem Verlangen nachzukommen. In einer Zeit, wo die Organisationen der Arbeiter die Öffentlichkeit nicht mit wirtschaftlichen Kämpfen beunruhigen wollen, sollten die Arbeitgeber nicht nur an ihren Profit, sondern auch an die Rechte

der Arbeiter denken. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieser Hinweis dazu beiträgt, Besserung eintreten zu lassen.

**Aachen.** Wo zu das? Die Tuchfirma F. J. Meyer in Aachen Bachstraße, suchte laut Inserat in der Tagespresse Weber, Weberinnen und Lehrlinge. Eine Anzahl Arbeitsloser beiderlei Geschlechts haben der Firma ihre Arbeitskraft angeboten. Sie alle hatten auf Grund des Inserats neue Hoffnungen geschöpft und glaubten wohl eine lohnende Arbeitsstelle in dieser schweren Zeit zu bekommen. Am 22. Oktober sprachen wir mit Arbeitern, die bei genannter Firma beschäftigt sind und die die gewiß traurige „Völkerwanderung“ mit angesehen hatten. Die Leute sagten uns, daß ihnen nicht bekannt sei, daß von den um Arbeit Anfragenden der eine oder andere eingestellt worden sei. Wir fragen: Wozu denn eigentlich ist das Inserat losgelassen worden? Wir wollen nicht annehmen, daß hier eine kleinliche, willkürliche oder gar böswürdige Absicht zugrunde liegt. Will man vielleicht die Hunderte arbeitslos gewesener Aachener Textilarbeiter, die jetzt seit Wochen auswärts, in Gusskirchen, Düren, Mettwig, M.-Gladbach, Werden usw., Arbeit gefunden haben, wieder möglichst bald mit solchen Inseraten nach Aachen locken? — Den Kollegen, die auswärts Arbeit gefunden haben, ist augenblicklich noch nicht zu raten, ihre jetzige Arbeitsstelle aufzugeben, wenn sie dazu keine genügenden Gründe haben.

**Berlin.** Hier verstarb nach längerem Halsleiden Kollege Georg Trümper, 49 Jahre alt. Der Verstorbene war Färber und galt in der Sektion der Färber als einer der Eisrigsten. Längere Zeit war Kollege Tr. auch Mitglied des Zentralvorstandes, wo er stets auf seinem Posten war, bis seine Krankheit ihn zwang, das Bett zu hüten. Man wird Tr. hier stets in ehrendem Andenken behalten.

**Krefeld.** Nachahmenswerte Einrichtungen hat das hiesige Mietvereinsamt getroffen, um die leidige Wohnungsfrage für Arbeitslose zu lösen. Im Einverständnis mit dem Bezirker hält die Stadt ein Fünftel der den Arbeitslosen gewährten Unterstützung zurück und weist sie an dem Zahlungstermin dem Vermieter der Wohnung an. Die Kosten der Ueberweisung werden ihm abgezogen. Der Vermieter hat in jedem Fall die bisherige Miete um ein Drittel zu ermäßigen. Reicht das von der Stadt zu zahlende eine Fünftel des Unterstützungssatzes des Mieters nicht aus zur Deduktion von zwei Dritteln der bisherigen Miete, so wird aus der Arbeitslosenhilfskasse ein Zuschuß von höchstens einem Zehntel des Arbeitslosenunterstützungssatzes gewährt. Kommt auch damit noch nicht der Gesamtbetrag von zwei Dritteln der bisherigen Miete zusammen, so bekommt der Vermieter einfach nicht mehr. Nur in Ausnahmefällen kann ihm mehr zugestanden werden, nämlich, wenn er nachweist, daß der Mieter mehr zahlen kann. Erhöhungen der Miete sind unzulässig. Der Vermieter verzichtet auf seinen Vortreibungs- und Räumungsanspruch. — Kommt auf Grund dieser Bestimmungen keine Einigung zwischen Vermieter und Mieter zustande, so wird dem Arbeitslosen das sonst einzubehaltende Fünftel ausgezahlt.

**Kreuzburg a. d. Werra.** Die Firma Ernst Engländer hier ließ gleich nach Beginn des Krieges sechs halbe Tage in der Woche arbeiten. Die Wochenlöhne — 6—19 Mk. pro Woche — die vor dem Krieg gezahlt wurden, verwandelte die Firma in Akkordlöhne. Der Wochenlohn pro Meter beträgt 7—9 Pf. Jeder Weber erhielt einen Stuhl. Der höchste Verdienst war 5,50 Mk. pro Woche. Durch eine Arbeitseinstellung wurde folgendes erzielt: Die Familienväter und die über 16 Jahre alten Personen arbeiten fünf volle Tage, die unter 16 Jahre alten fünf halbe Tage. Die Ledigen arbeiten mit einem Stuhl, die verheirateten mit zwei Stühlen. Der höchste Verdienst ist jetzt in fünf vollen Tagen 11 Mk. — Wir ermahnen die Unorganisierten, sich unserem Verbands anzuschließen.

**Landesheut.** Häufung plötzlicher Entlassungen. In letzter Zeit werden aus den hiesigen Betrieben vielfach Fälle gemeldet, daß wegen Fehlens bei der Arbeit kurzerhand die betreffenden Personen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen wurden. Schreiber dieses hat versucht, die Weiterbeschäftigung der Betroffenen zu erreichen, aber ohne Erfolg. Immer wird behauptet, daß es sich um eilige Militärbestellungen handelt. Es läßt sich das Gegenteil nicht beweisen und so läßt sich gegen die plötzlichen Entlassungen für die Betroffenen nichts mit Erfolg unternehmen. Besonders übel sind die Oesterreicher daran; denn durch den Zwang der Auslandsfahrten sind sie stets als kontraktbrüchig gebrandmarkt. Zweck dieser Zeilen ist, die Arbeiterschaft zu warnen, jedes unnötige Wegbleiben von der Arbeit zu unterlassen. Wo es aber nicht zu umgehen ist, ist unbedingt erforderlich, sich an zureichender Stelle im Betriebe Urlaub zu nehmen. Unterbleibt dies, so ist bei der jetzigen Stimmung der Betriebsleitungen stets mit plötzlichen Entlassungen zu rechnen. Wer sich also der Gefahr, plötzlich arbeitslos zu werden, nicht aussetzen will, beachte vorstehendes.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 1. November, ist der 44. Wochenbeitrag fällig.

Monatliche Arbeitslosenzählung.

**Stichtag für die Oktoberzählung ist Sonnabend, der 31. Oktober.** Zur Einsendung gelangt die graue Karte. Es ist Pflicht aller Filialen, pünktlich zu berichten. Die Karten sind spätestens am 4. November abzusenden. Die Zahlkarten sind am 14. Oktober versandt worden. Filialen, die nicht in ihren Besitz gelangt sind, mögen sie sofort nachverlangen. Der Vorstand.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder:

- Apolda.** Am 12. Oktober Oskar Schmidt, Raschler — Lungen-tuberculose.
- Balingen (W.).** Julius Schmid, Wilhelm Jetter und Johs. Hezel — alle drei ihren im Kriege erhaltenen Verwundungen erlegen.
- Barmen.** Hermann Ferne, Bandwirker, 31 Jahre alt; Wilhelm Kubier, Bandwirker, 32 Jahre alt; Heinrich Schaaß, Schwelmer, Bandwirker, 23 Jahre alt — alle drei im Kriege gefallen; Gustav Meißner, Schwelmer, Riemen-dreher, 24 Jahre alt — in Frankreich gestorben.
- Berlin.** Georg Trümper, 49 Jahre alt — Halsleiden.
- Berga (Efter).** Walter Frenzel, Seidenweber, 33 Jahre alt in Frankreich gefallen.
- Buchholz.** Guido Paul Altman, Fojamentierer aus Anna-berg-Kleinrüderswalde, 25 Jahre alt; Ernst Louis Reichelt, Fojamentierer, 27 Jahre alt; Emil Otto Schindler, Bandweber aus Neudorf, 21 Jahre alt — alle drei im Kriege gefallen.
- Chemnitz.** Robert Anke, Weber, 24 Jahre alt; Paul Dietrich, Tüllweber, 28 Jahre alt, aus Plau bei Jöhla — beide in Frankreich gefallen.
- Crimmitschau.** Paul Braun, 23 Jahre alt; Max Alfred Böfller, 28 Jahre alt; Paul Göß, 30 Jahre alt; Paul Emil Horn, 27 Jahre alt; Karl Paul, 23 Jahre alt; Kurt Bergschel, Raundorf, 26 Jahre alt; Paul Jilling, Lauterbach, 31 Jahre alt; Erik Pfaffen-

- berger, Langenreinsdorf,** 24 Jahre alt; Otto Ruh-bander, Dänfriz, 20 Jahre alt; Paul Richard Stieber, Frankenhäusen, 22 Jahre alt; Otto Oskar Moschütz, Schiedel, 30 Jahre alt; Hermann Oskar Seifert, Schiedel, 36 Jahre alt — alle zwölf in Frankreich gefallen oder an den in Frankreich erhaltenen Wunden gestorben.
- Eibentod.** Kurt Hans Schindler, 30 Jahre alt; Kurt Emil Weiß, 25 Jahre alt; Kurt Max Unger, 29 Jahre alt — alle drei in Frankreich gefallen.
- Einbed.** Am 16. Oktober Heinrich Einbed, Weber, 25 Jahre alt — infolge Kriegsverwundung gestorben.
- Fürth i. Bayern.** Am 10. Oktober Gustav Appiz, Bandweber, 34 Jahre alt — Lungenleiden.
- Glauchau.** Emil Albin Floß, 29 Jahre alt — in Frankreich gefallen.
- Gohentheim-Graßthal.** Paul Morgenstern, Weber 24 Jahre alt; Max Kreißel, Färber, 25 Jahre alt; Kurt Lässig, Wirker, 24 Jahre alt — alle drei in Frankreich gefallen.
- Kassel.** Alfred Ruhleder — in Frankreich gefallen.
- Krefeld.** Josef Cremer, Johann Röstler, Peter Lehmann, G.H. Dörper — alle vier in Frankreich gefallen; am 4. Oktober Anton Vollmann — Blut-vergiftung; am 14. September Bernhard Huis.
- Langenberg (Neuh.).** Am 9. Oktober Anna Bergig, 26 Jahre alt — Wochenbett.
- Limbach i. Sa. u. Umg.** Richard Fiedler, Trikotagenformer aus Limbach, 21 Jahre alt; Osw. Gustav Bretschneid-der, Handschuhformer aus Kreuzweide bei Limbach, 30 Jahre alt; Hugo Walter Böhm, Handschuhstempeler aus Ober-trohna, 22 Jahre alt; Paul Otto Böhld, Appretur-arbeiter aus Taufcha, 24 Jahre alt; Karl Artur Kurich, Appreturarbeiter aus Mittelfrohna, 23 Jahre alt; Paul Hugo Winler, Handschuhzuschneider aus Mittelfrohna, 32 Jahre alt — alle sechs in Frankreich gefallen.
- Neckarflum.** Wenzel Hanke, 54 Jahre alt — Lungen- und Rippenfellentzündung.
- Neugersdorf-Vertheisdorf.** Richard Liebig, 27 Jahre alt — in Frankreich gefallen.
- Oppach.** Gustav Paul, Weber aus Taubenheim, 29 Jahre alt — infolge Kriegsverwundung gestorben.
- Plauen i. V.** Emil Spenlhain, Stüder, 31 Jahre alt — in Frankreich gefallen.
- Süchteln.** Adolf Kubach — in Frankreich gefallen.
- Talsingen.** Gottlieb Wizer, 25 Jahre alt — im Kriege ge-fallen.
- Treuen i. B.** Paul Reinhardt Kropfgans, Weber, 27 Jahre alt — gefallen.
- Urach i. W.** August Lauffer, Weber — in Frankreich gefallen.  
Ehre ihrem Andenken!

Verfallungskalender.

- Aachen.** Sonnabend (Samstag), 31. Oktober, abends 8 Uhr, im „Frankenberger Bierkeller“ (Kein Trinkzwang).
- Berlin.** Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5 bis 9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17. Telefon: Königs-stadt 1873. Zähltag.
- Berlin.** (Sektion der Fojamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—8 Uhr, bei Lohan, Neue Jakobstr. 26: Zähltag.
- Berlin.** (Sektion der Defateure und Preßer.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Radke, Neue Jakobstr., Ede Injel-strasse: Zähltag.
- Berlin.** (Sektion Weißensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Paulich, Lederstr. 5: Zähltag.
- Berlin.** (Sektion der Stüder.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Eßte, Wallstr. 32—33: Zählabend und Besprechung von Brandangelegenheiten.
- Berlin.** (Für Moabit.) Zählstelle: Waldstraße 12 bei Schlemann.
- Berlin.** (Für den Norden.) Zählstelle: Brunnenstr. 79, bei R. Döhling.
- Berlin.** (Für Neukölln.) Zählstelle: Zietenstr. 69 bei Kramer.
- Berlin.** (Für Brieg.) Zählstelle: Kirchhoffstr. 41 bei Wolff.
- Berlin.** (Für Rummelsburg.) Zählstelle: Hauptstr. 87, bei G. Bogantel.
- Berlin.** (Sektion der Hand- und Schiffenstüder und des Hilfs-personals.) Jeden Sonnabend, abends von 8 1/2 bis 10 Uhr, bei Friedrich Wolf, Weberstr. 6.
- Berlin.** (Für Charlottenburg.) Zählstelle: „Vollshaus“ (Restau-rant), Rosinensstraße 3.
- Berlin.** (Für Südost.) Zählstelle: Köpenicker Str. 165 bei Dambel.
- Bernau.** Sonnabend, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Kubenz, Kaiser- und Chauffeestr.—Ede.
- Burg.** Dienstag, den 10. November, im „Gewerkschaftshaus“, Oberstraße 43.
- Eibentod.** Montag, den 9. November.
- Erfurt.** Freitag, den 6. November.
- Finsterwalde.** Sonnabend, den 21. November.
- Fulda.** Sonnabend, den 7. November, abends 8 Uhr.
- Hamburg (für alle Bezirke).** Sonnabend, den 7. November, abends 8 Uhr, bei Prinz, Hamburg, Bergeschefer. 20 Ede Beyerstraße: Vertrauenspersonensitzung.
- Kiel.** Sonnabend, den 7. November, im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 8.
- Lambrecht.** Sonnabend (Samstag), 7. November, bei Wwe. März.
- Lauban.** Sonnabend, den 7. November.
- Limbach.** Sonnabend, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Johannesbad“.
- Neumünster.** Montag, den 9. November, abends 8 Uhr, im „Jugend-heim“, Fabrikstr. 32: Vertrauensleute.
- Neustadt D.-Schl.** Sonnabend, den 7. November.
- Rowawes.** Jeden Freitag, abends von 8—9 Uhr, bei Gienke, Wall-strasse 55: Zählabend.
- Osabrück.** Sonnabend, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Möller, Wischoffstr. 14/15.
- Pöthen.** Freitag, 6. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Vereins-garten“.
- Wittfod (Doffe).** Sonntag, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Löbemann, Prischwaller Vorstadt.

(In der Annahme, daß die Versammlungen jetzt doch nicht regelmäßig stattfinden, werden wir fortan nur die jede Woche gemeldeten ankündigen.)  
Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

**ANZEIGEN**

(Kostenbetrag ist im Voraus zu entrichten, nichtigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

**Textilarbeiterverband. Filiale Hamburg u. Umgegend.**  
Mehrere Unterkassierer werden gesucht. Kollegen oder Kolleginnen, die Lust dazu haben, werden ersucht, sich bei uns im Bureau zu melden.  
Die Geschäftsleitung: Befensbinderhof 57 IV, Zimmer 49, Gewerkschaftshaus.  
Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 31. Oktober.  
Verlag: Karl Hüsch. — Verantwortlich für die mit  versehenen Artikel: Hermann Krähig, für alle andere Paul Bagener. — Druck: Bornwitz Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Esmilich in Berlin.

Gesehene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.